

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt und Landkreis Bochum

Druck: Buchdruckerei W. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Verlag: Märkischer Sprecher, G. m. b. H., Bochum, Geschäftsstelle: Dudenbergstr. 11, Fernsprecher 125.
Postfachkonto Dortmund Nr. 3695, Schriftleitung: Dudenbergstr. 4, Fernsprecher 125.

Nr. 109.

Donnerstag, den 31. Juli 1924.

96. Jahrgang.

Französisch-belgischer Plan für die Ruhr-Räumung.

Militärische Räumung nach Maßgabe der Anleiheunterbringung.

Räumung in drei Staffeln.

Spätester Räumungstermin der August 1926.
TU. London, 30. Juli. Nach einer dreistündigen Aussprache der Delegationsführer, zu der diesmal auch der japanische Delegierte Jishi und der belgische Außenminister Hymans zugezogen war, wurde von französischer Seite der Vorschlag gemacht, daß die militärische Räumung des Ruhrgebietes während der Bonduer Konferenz in direkten Verhandlungen der französischen und belgischen Sachverständigen mit geeigneten deutschen Vertretern geregelt werden soll. Dieser Vorschlag wurde gebilligt und die Sachverständigen Buisson und Seydoux, die Belgier Gutt und Terlinde beauftragt, einen genau ausgearbeiteten Entwurf eines Abkommens über die militärische Räumung des Ruhrgebietes vorzubereiten. Dies ist im Laufe der Nacht geschehen.

Dazu wird noch ergänzend gemeldet:

TU. Paris, 30. Juli. Nach dem Londoner Sonderberichterstatter des "Reit Parisien" haben die französischen und belgischen Sachverständigen, die den Plan für die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes abfassen, gestern nachmittag auch einen Plan für die militärische Räumung des Ruhrgebietes ausgearbeitet. Von französischer Seite waren bei den Verhandlungen Seydoux und Buisson beteiligt, von belgischer Seite Gutt und Terlinde. Jede Partei arbeitete ein Programm aus. Beide wurden dann miteinander verbunden. Wie das Blatt meldet, konnte bereits gestern eine nahezu völlige Übereinstimmung erzielt werden. Der militärische Räumungsplan sieht wie der wirtschaftliche einzelne Etappen vor. Der Berichterstatter des Blattes glaubt zu wissen, daß die französischen Behörden für den französischen Abbau der Besatzung einen Zeitraum von zwei Jahren vorsehen.

Paris, 30. Juli. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas meldet aus London, daß die französische Delegation nimmer den französischen Vorschlag, von dem seit 3 Tagen die Rede ist, fertiggestellt hat. Der erste Teil des Vorschlages stimmt mit dem vom "Daily Telegraph" veröffentlichten Punkten überein. Was die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes anbelangt, so habe die französische Delegation einen Räumungsplan ausgearbeitet, der je nach Maßgabe der Platzierung der Eisenbahn- und Industrieobligationen in die Ercheinung trete. Wenn alle Bedingungen für die Emission der Anleihe von 800 Millionen Goldmark erfüllt seien, solle eine Verfestigung der Besatzungszone vorgenommen werden. Hierauf werde in drei Staffeln die Räumung erfolgen, und zwar je nachdem ein Drittel von je 2 Milliarden deutscher Obligationen untergebracht seien. Nachdem dieses Ergebnis erzielt sei, würden die französisch-belgischen Truppen das Ruhrgebiet vollständig räumen. Wenn der Finanzmarkt jedoch nicht so rasch die deutschen Obligationen aufnehmen könne, dann werde unter allen Umständen, wenn die deutsche Regierung die Bedingungen des Dawesplanes erfüllt, die Räumung im August 1926 vollzogen werden. Nach Auffassung der Franzosen und Belgier müßten die britischen Truppen auch nach dem 10. Januar 1925 in der Kölner Zone verbleiben, sei es auch mit veringerten Truppenstärke, und zwar bis zu dem Augenblick der vollständigen Räumung des Ruhrgebietes durch die französisch-belgischen Truppen. Der Berichterstatter erklärt, daß über diese Vorschläge heute nachmittag Herriot und Macdonald eine Unterredung haben werden, der große Bedeutung beigelegt werde.

Ruhrgebiet und Kölner Zone.

TU. London, 30. Juli. Da die von den Engländern bestellte Kölner Zone nach dem Friedensvertrag schon am 10. Januar 1925 geräumt werden soll, erklären die Franzosen, daß eine Verlagerung der Besatzung von Köln notwendig wäre, weil sonst die Franzosen an der Ruhr in der Luft hängen würden. Wie verlautet, sei England bereit, mit Deutschland über eine kurzfristige Verlängerung der Besatzung der Kölner Zone zu verhandeln, wenn sie geeignet sei, die vollständige militärische Räumung des Ruhrgebietes zu erleichtern. Man nimmt an, daß auch Deutschland daran interessiert sei. Wenn England bis zum 1. Mai an dem anderen Datum in der ersten Hälfte des nächsten Jahres seine Truppen in Köln beläßt, ist die letzte Etappe der vollständigen militärischen Räumung des Ruhrgebietes zeitlich zusammenfallend mit der Räumung der Kölner Zone.

Keinlei Veränderungen in der Lage.

w. London, 30. Juli. Reuter erzählt: In den letzten 24 Stunden hat sich in der Konferenzlage keinlei Veränderung vollzogen. Man hofft jedoch, daß die Vorbereitungen für eine Verständigung, die augenblicklich im Gange sind, Fortschritte zeitigen werden. Die einzig feststehende Tatsache ist augenblicklich, daß die großen Sieben um 4 Uhr im Außenministerium zu einer Versprechung zusammengetreten. Was die Möglichkeit eines schnellen Eintreffens der deutschen Vertreter nach der Vergebung der Einladung betrifft, so wird darauf hingewiesen, daß Hughes am Sonntag nach Berlin eilen, aber diese Tatsache wahrscheinlich keine Verzögerung in der Abreise der deutschen Delegierten nach dem Empfang der Einladung herbeiführen wird. Man betont, daß man Geduld haben muß, daß jedoch die allgemeine Aussicht für ein Gelingen der Konferenz günstig ist.

Ein falsches Gerücht.

w. Paris, 30. Juli. Heute am späten Nachmittag ist in den Wandelgängen der Kammer das Gerücht verbreitet gewesen, daß die Londoner Konferenz abgebrochen worden sei. Der Sabasagentur liegen keine Nachrichten vor, die zu einem derartigen Gerücht Anlaß geben könnten. Auch haben maßgebende Kabinetsmitglieder von Anfang an erklärt, daß sie dieses Gerücht für tendenziös und falsch halten.

TU. Berlin, 30. Juli. Von einer Korrespondenz wurde heute abend die Nachricht verbreitet, daß die Londoner Konferenz abgebrochen sei. An amtlicher Stelle ist hiervon nichts bekannt. Nach der aus London und Paris eingelaufenen Berichten der Telegraphen-Union ist die Meldung falsch. Sie ist offenbar aus einer gewissen Krisenstimmung heraus entstanden, die innerhalb der französischen Delegation infolge von Schritten Rollets bei Herriot entstanden ist. Auch der amtliche englische Kundendienst meldet in später Abendstunden, daß morgen die Konferenz in Ausnahmestunden ihren Fortgang nehme.

Der neue französische Kompromißvorschlag

w. Paris, 30. Juli. Ueber die Verhandlungen der französischen Delegation, die eine neue Kompromißformel in der Frage der Verfestigungen und Sanktionen ausarbeiten wollen, berichtet der Londoner Sonderberichterstatter der "Re Nouvelle", es sei nicht sicher, daß der französische Entwurf den Alliierten überhaupt vorgelegt werde. Die französischen Juristen hätten gestern abend eine fonderbare Entscheidung gemacht, die die Interpretation des Versailles Vertrages in denjenigen Fragen betreffe, die die letzte Konferenz seit 14 Tagen beschäftigt. Es scheint, daß man in gewissen Punkten zwei Jahre lang aufgrund einer interministeriellen Auffassung gehandelt habe. Man wisse noch nicht, welche Aufnahme der Vorschlag der französischen Delegierten finde, falls es zu einem solchen kommen sollte. Ueberdies meldet der gleiche Berichterstatter über die Verhandlungen der französischen Vankiers, daß sie zu keinem Ergebnis gelangten. Sie hätten erklärt, daß sie keinerlei Hoffnung hegen, auch nur einen geringen Anteil der Anleihe in Frankreich unterzubringen.

TU. London, 30. Juli. Der neue französische Kompromißvorschlag ist noch nicht formuliert. Die Sitzung der ersten Kommission ist deshalb auf heute nachmittag verschoben worden. Falls die Formulierung dann erfolgt ist, findet darüber eine Beratung der großen Fünf im Laufe Macdonalds statt. Ergibt sich also in dieser Beratung eine Einigkeit, so wird die erste Kommission um 5 Uhr nachmittags zusammenzutreten. Der belgische Vankier Francqui, Mitglied des Daweskomitees, berät gegenwärtig mit den Vankiers der alliierten Mächte. Die deutsche Einladung eracht sofort, nachdem eine Einigkeit in der ersten Kommission erzielt worden ist.

TU. Paris, 30. Juli. Der französische Kompromißvorschlag stützt sich auf Absatz 2 u. 3 des Versailles Vertrages und insbesondere auf die §§ 7 und 12. Der Vorschlag kommt, wie "Information" schreibt, den englischen Forderungen nach Garantien gegen eine selbständige Aktion und dem Verlangen Frankreichs nach Garantien gegen die eventuelle Minderheit Frankreichs in der Repko und im Uebertragungsanspruch entgegen. Das Blatt sagt weiter:

Wir geben selbstverständlich zu, daß die Schlussfolgerungen des Dawesplanes nicht durch eine unüberlegte Aktion gefährdet werden dürfen: wir wollen uns aber durch den Mechanismus des Dawesplanes auch nicht erdrücken lassen.

Hughes über die Konferenz.

cca. Paris, 30. Juli. Staatssekretär Hughes, der in Paris eintraf und von da nach Brüssel reisen wird, gewährte einem Redaktionsmitglied des "Reit Parisien" eine Unterredung, in der er seine Ansichten über die Verhandlungen in London äußerte. Ich bin optimistisch, führte Hughes aus, weil ich optimistisch sein will. Seit fünf Jahren wird nun über die Schwierigkeiten gesprochen, die der Krieg heraufbeschworen hat. Was soll werden, wenn auch diese Konferenz scheitern würde? Der Dawesplan ist zwar keine vollkommene Lösung. Ein Ideal gibt es überhaupt nicht, aber es kann zu seiner Verwirklichung das Ideal der Gerechtigkeit und der Vernunft rechnen und ist überdies leicht und praktisch durchzuführen. Die Staatsmänner in London, denen bin ich sicher, sind von dem guten Willen befeuert, zu einem Ziel zu gelangen. Sollte es da nicht möglich sein, zu einer Einigungsformel zu kommen, die alle Forderungen und Interessen befriedigt, den Frieden vollkommen herstellt und den Wünschen der Welt entspricht. Auf die Frage des Interviewers, ob Amerika die 800-Millionen-Anleihe lehne, und die 16-Millionen-Dollaraufnahme am amerikanischen Markt unterbringen würde, erklärte Hughes: Sie werden verstehen, daß es mir unmöglich ist, auf Einzelheiten dieser Finanzpolitik einzugehen.

cca. Paris, 30. Juli. Der amerikanische Staatssekretär Hughes wird Donnerstag, abends 10 Uhr, in Brüssel erwartet, wo er sich zwei Tage aufhalten wird.

Die Reparationskommission nach London abgereift.

cca. Paris, 30. Juli. Die Reparationskommission hat beschlossen, heute nachmittag um 4 Uhr nach London abzureisen. Frankreich ist vertreten durch den Vorsitzenden der Repko, Barthou und Maucaliss. Der englische Vertreter der Reparationskommission Sir Bradbury weist bereits in London. Der italienische Vertreter, Salvato Maggi, sowie der belgische Vertreter der Repko, Croix, begaben sich zusammen mit den französischen Vertretern nach London.

w. Paris, 30. Juli. Die ersten und zweiten Delegierten der Reparationskommission reisen nachmittags 5 Uhr nach London. Der englische Delegierte befindet sich bereits dort. Morgen vormittag findet die erste offizielle Sitzung in London statt.

cca. Paris, 30. Juli. Das "Journal" berichtet über die Berufung der Repko nach London: Die Repko habe keine offizielle Einladung von Macdonald und Herriot erhalten, sondern die einzelnen Delegierten seien von ihren Regierungen beauftragt worden, selbst zu prüfen, ob sie es nicht für nützlich hielten, daß die Repko in die Diskussion in London eingreife. Nur zu diesem Zweck habe die geistige Sitzung der Repko stattgefunden. Diese Sitzung sei, wie das "Journal" berichtet, sehr anregend gewesen. Ueber es sind noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt worden. Bradbury, der englische Delegierte in der Repko, der sich bekanntlich in London befindet, sei verschiedene Male telefonisch angerufen worden, aber es sei noch nicht möglich gewesen, seine Meinung zu erfahren. Auch der "Quotidien" berichtet, es scheine als ob die Repko nicht offiziell ihre Reise nach London beschließen werde; vielmehr würden sich die Delegierten einzeln, auf die Einladung ihrer Regierung hin, nach London begeben.

London, 30. Juli. Reuter erzählt: Die Vertreter Frankreichs, Belgiens und Italiens in der Reparationskommission werden gleich nach ihrer Ankunft in London mit ihrem englischen Kollegen Sir John Bradbury eine Besprechung über die Einladung der alliierten Ministerpräsidenten haben, durch die sie nach London gerufen worden sind. Der Zweck ihrer Reise ist nicht ganz klar, denn er berührt insofern einen etwas heiklen Punkt, als die Reparationskommission als souveränes Organ zu betrachten ist.

Die Beurteilung in Pariser parlamentarischen Kreisen.

w. Paris, 30. Juli. Wie die Ansichten der Londoner Konferenz heute in parlamentarischen Kreisen beurteilt werden, ergibt sich aus einer Mitteilung des "Temps", wonach in den Wandelgängen darauf hingewiesen wird, daß die Londoner Konferenz vielleicht mit der Annahme mehrerer Prinzipien ihren Abschluß finden könnte und daß es dann die Aufgabe einer später zusammen tretenden zweiten Konferenz wäre, deren Durchführung in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht zu regeln. Sollte diese Annahme sich verwirklichen, so wäre die Regierung nicht genötigt, zwischen den beiden Konferenzen die Ansicht des Parlaments einzuholen. Auf alle Fälle dürfte das Parlament allein diese Frage zu regeln haben, ohne daß die Regierung eingreifen würde.

Aufenthalt des Staatssekretärs Hughes in Berlin.

TU. Berlin, 30. Juli. Wie zuverlässig bekannt wird, wird der amerikanische Staatssekretär Hughes sich etwa zwei Tage in Berlin aufhalten. Der Tag der Ankunft steht noch nicht fest. Hughes wird seinen Aufenthalt in Berlin benutzen, um verschiedene leitende deutsche Persönlichkeiten kennen zu lernen und um einen, wenn auch nur flüchtigen Eindruck über die deutschen Verhältnisse zu gewinnen. Die Rückreise nach Amerika wird Hughes voraussichtlich von Bremen aus antreten.

Der Völkerverbund und die Militärkontrolle über Österreich, Ungarn und Bulgarien.

TU. Genf, 30. Juli. Das juristische Komitee, welches vom Völkerverbundratsrat eingesetzt worden war, um die Lage zu prüfen die durch die englische Note, betreffend die Militärkontrolle Österreichs, Ungarns und Bulgariens geschaffen wurde, hat seine Arbeiten beendet. Den Vorsitz führte Lord Phillimore. Die Kommission ist zu dem Schluss gekommen, daß die gestellten Fragen unter zwei Gesichtspunkten betrachtet werden können: Der Rat des Völkerverbundes muß einerseits die Art der Ausübung der Kontrolle, andererseits aber auch die Frage prüfen, ob die Kontrolle in den Rahmen des Friedensvertrages fällt. Die juristische Kommission ist der Meinung, daß in beiden Fällen die in der englischen Note angegebenen Artikel anzuwenden sind, und zwar Artikel 159 des Friedensvertrages von St. Germain, Artikel 843 des Friedensvertrages von Trianon und Artikel 104 des Vertrages von Neuilly. Der Rat des Völkerverbundes hat die Eventualität einer militärischen Kontrolle für Österreich, Ungarn und Bulgarien allgemein zu prüfen; seine Entscheidung bedeutet aber noch kein Präjudiz bezüglich der Teilnahme der Nachbarstaaten der zu kontrollierenden Staaten an der Ausübung der Kontrolle.

Zum tschechischen „Hochverratsverfahren“.

Von Dr. Fritz Mittelmann, M. d. R.

Durch die Presse ging kürzlich die aufsehenerregende Mitteilung, daß die tschechische Regierung gegen eine Anzahl von bekannten Parlamentariern ein Hochverratsverfahren eingeleitet hat. Unter den Angeklagten befindet sich auch als einziges Mitglied des deutschen Reichstages der Abgeordnete Dr. Mittelmann. Wir haben uns an ihn mit der Bitte gewandt, sich zu diesem Verfahren zu äußern. Die Schriftleitung.

„Sehtutage über Hochverrat zu sprechen, ist eigentlich, möchte ich schon sagen, ein Anachronismus. Zu Zeiten des Absolutismus finden Sie in den Gesetzen, hochnotpeinliche Hochverratsparagrafen, aber nicht in einer Zeit, und in Ländern, wo ein bloßer Freiheit ergriffen.“

Diese Worte, die ich an die Spitze meiner Ausführungen stellen möchte, schrieb im Jahre 1909 kein anderer und kein geringerer als Herr Dr. Thomas G. Masaryk, der Sohn eines Kutschers des ehemaligen österreichischen Kaiserhofes und derzeitiges Staatsoberhaupt der sogenannten tschechoslowakischen Republik. Die Abkündigung aus der kaiserlichen Umgebung, die Herr Masaryk mit manchen derzeitigen Mächtigen haben in der Tschechei teilt, ist vielleicht der tiefere Grund dafür, daß man in diesem „Frei“-Staate noch heute an dem österreichischen Strafrecht festhält, das aus der Metternichzeit neben vielen anderen veraltet auch die Bestimmung in die Gegenwart herübergerettet hat, daß ein Fremder, der im Auslande, das Verbrechen des Hochverrats gegen den österreichischen Staat begangen hat, einem Eingeborenen gleich nach diesem Gesetz zu behandeln sei. Als es noch keinen tschechoslowakischen Staat gab, hat Herr Kramarich gegen das österreichische Strafrecht und insbesondere gegen den Paragraphen 38 desselben, auf den das Hochverratsverfahren sich stützt, mit allen Mitteln und unter tatkräftiger Hilfe seiner Freunde, welche Pulverfässer und ähnliche parlamentarische Instrumente in Bewegung setzten, gekämpft und von einem Requisit aus der Kumpellammer des vormärzlichen Büttels gesprochen. Heute stützt sich die Tschechoslowakei auf den von ihren Vorkämpfern aufs bestigste bekämpften Paragraphen 38 des österreichischen Strafrechts, um gegen österreichische Politiker und gegen reichsdeutsche Abgeordnete das Hochverratsverfahren zu eröffnen. Wenn Lächerlichkeit töten könnte, dann müßte dieser Vorfall die tschechoslowakische Mächtigen von heute ohne weiteres aus dieser Zeitlichkeit abberufen.

Was nun die Gründe betrifft, die Anlaß zu diesem Hochverratsverfahren gegeben haben, so ist auch mir, bis zur Stunde nicht mehr bekannt, als was in den Prager Zeitungen der verschiedensten Richtungen darüber gestanden hat. Ob es sich nun aber um den „Hilfsverein für die Subeten deutschen“, um die „Arbeitsgemeinschaft deutscher Parlamentarier“ oder um irgendeine in der Tschechoslowakei oder in Österreich gehaltene Reden handeln mag — das Verfahren geht letzten Endes zweifellos auf Neuerungen zurück, in denen dem Wunsch Ausdruck gegeben wurde, daß kraft des Selbstbestimmungsrechtes der Völker die dreieinhalb Millionen Deutschböhmen und die Subetenländer dermaleinst zum deutschen Mutterlande gehören mögen. Wenn dies ein Verbrechen ist, so habe ich mich dieses Verbrechens nicht nur einmal, sondern bereits sehr oft schuldig gemacht, und ich verrechere hiermit Herrn Masaryk und Herrn Kramarich, daß ich die Absicht habe, diesem Wunsch noch sehr oft Ausdruck zu geben, und zwar so lange und so oft, bis das an uns und unseren Stammesbrüdern begangene ungeheure Unrecht wieder gut gemacht worden ist. Für diese Ansicht und für dieses Vorgehen sollte gerade Herrn Masaryk, der Gründer und Führer der tschechischen Realistenpartei im alten österreichischen Reichsrat, der nach Kriegsausbruch ins Ausland flüchtete, und in allen Staaten der Entente eine umfassende Tätigkeit für die Aufrichtung des tschechischen Staates zu betreiben, ein feines Verständnis haben. Das, was er damals während des Weltkrieges betrieb, war wirklich Hochverrat, was wir aber mit unseren Freunden tun, ist nichts weiter, als das Bestreben, das von Wilson feierlich verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker, das für alle Nationen, nur nicht für das deutsche Volk bisher Geltung hat, auch für uns durchzusetzen. In diesem Sinne ist denn auch von den Abgeordneten und Senatoren des deutschen parlamentarischen Verbandes in der tschechoslowakischen Nationalitätenversammlung im Juni 1920 jene berühmte staatsrechtliche Erklärung abgegeben worden, in der es wörtlich heißt:

„Wir verworfen daher die Fabel vom rein tschechischen Staate, von der tschechoslowakischen Nation und

von der tschechoslowakischen Sprache als mit den Tatsachen handgreiflich im Widerspruch stehend. Wir werden niemals die Tschechen als Herren anerkennen, niemals uns als Knechte in diesem Staate fügen. Unrecht kann auch durch taufendjährige Übung niemals Recht werden, insofern es nicht von den Betroffenen selbst auf Grund freier Entscheidung anerkannt wurde, und wir verkünden demnach feierlich, daß wir niemals aufhören werden, die Selbstbestimmung unseres Volkes zu fordern, daß wir dies als den obersten Grundsatz aller unserer Maßnahmen und unseres Verhältnisses zu diesem Staate, den gegenwärtigen Zustand aber als unserer unwidrig und mit den Grundsätzen moderner Entwicklung unvereinbar betrachten."

Der in dieser Erklärung eingenommene Standpunkt war derjenige, den auch die Tschechen jederzeit im österreichischen Reichsrat eingenommen haben, und zwar zu einem Zeitpunkt — und dies ist das Entscheidende —, als es noch kein feierliches verbindliches Selbstbestimmungsrecht der Völker gab. In diesem Sinne konnte denn auch, zurückblickend auf die Tätigkeit im alten Österreich, einer der tschechischen Führer bei einem Vortrag in Paris im Mai 1921 auf die Frage: Was ist höher? Die Interessen des Staates oder die Interessen des Volkes? die Antwort geben: Nicht einen Augenblick haben wir, die wir uns auf die tschechische Orientierung eingestellt haben, daran gezweifelt, daß wir nur Verpflichtungen haben gegen unser Volk und nie und nimmer gegen den Staat, und daß wir diese Verpflichtungen erfüllen müssen ohne Rücksicht, ob wir uns damit eines Verbrechens gegen die geschriebenen österreichischen Gesetze schuldig machen. Wenn wir diese Gesetze erfüllt hätten, so hätten wir die Sache unseres Volkes geschädigt und damit uns des schwersten Verbrechens schuldig gemacht, des Verrates am eigenen Volke!"

Dies ist die Ansicht der Tschechen. Und wir Deutsche, die wir nichts anderes wollen als unser Recht, sollen ruhig und mit Geduld zusehen, wie unsere Brüder in der Tschechoslowakei in brutalster Weise unterdrückt und vergewaltigt werden, ohne dagegen auch nur in Wort und Schrift vorzugehen? Ehrvergeßene Lumpen müssen wir sein, wenn wir weniger stolz auf unser Deutschtum wären, als die Tschechen auf ihr Tschechentum. Nein, Herr Masaryk, in der Beziehung sollen Sie nicht über uns zu Nagen haben. Im Gegenteil, wir wollen von Ihnen und Ihren Freunden lernen und mit der gleichen Energie und Zähigkeit für unsere Ziele arbeiten, wie Sie es einst für die Ihrigen taten. Auch, wenn Ihre Regierung noch so viele „Hochverratsverfahren“ gegen uns andächtig machen sollte.

Die Sechserkommission in Berlin.

Berlin, 30. Juli. Die Verhandlungen der Sechserkommission des Ruhrbergbaues mit der Reichsregierung, die gestern begonnen haben, werden heute fortgesetzt. Zu irgendwelchen Ergebnissen sind die Besprechungen bisher noch nicht gekommen, jedoch wurde von den Vertretern des Ruhrbergbaues betont, daß eine weitere Übernahme von Ruinlasten bis zur endgültigen Regelung der Reparationslieferungen ohne Unterstützung der Reichsregierung nicht in Frage kommen könne.

TU. Berlin, 30. Juli. Wie die Telegraphen-Union von unterrichteter Stelle hört, haben über die Frage der Verlängerung der Ricum-Verträge am heutigen Mittwochs Besprechungen innerhalb der Reichsregierung stattgefunden. Die Verhandlungen der Sechserkommission mit der Ricum dürften morgen ihren Fortgang nehmen.

Der Schutz der nationalen Arbeit.

Berlin, 29. Juli. In einer gemeinsamen Sitzung des wirtschaftspolitischen und des finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats wurde eine Entscheidung angenommen, in der grundsätzlich die Absicht der Regierung gebilligt wird, einen einheitlichen Schutz der gesamten nationalen Arbeit wieder herzustellen. Zu diesem Zwecke halten es die Ausschüsse u. a. für notwendig, daß die Bekanntmachung betreffend vorübergehende Einfuhrbeschränkungen vom 4. Aug. 1914 und die sich aus ihr ergebenden weiteren Bekanntmachungen und Verordnungen aufgehoben werden. Weiter wird die Herabsetzung der Umlage von 2 % auf 1 % gefordert und angeregt, daß der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Umlage 1 % unter Berücksichtigung der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Reiches gewählt wird. Von der Regierung wird ferner verlangt, daß sie alle Bestrebungen unternimmt, die das Ziel haben, den „Zwischenhandel“, der die Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse beeinflusst, aufzuheben und durch Unterstützung der genossenschaftlichen Verbände, bei der Gewährung von Krediten soll darauf geachtet werden, daß Kredite nur an Betriebe gegeben werden, die produktiv wirtschaften, und ferner, daß die Kredite unter dem Einfluß der Regierung gerecht verteilt werden.

Die Kommunisten dementieren.

TU. Berlin, 30. Juli. Auf Grund einer Nachricht über kommunistische Pläne, die das Hamburger Fremdenblatt brachte und die auch von anderen Blättern übernommen wurde, wurde den Redaktionen von der Pressestelle der K. P. D. folgende Berichtigung zugesandt:

Die kommunistische Partei plant weder in Hamburg noch in anderen Orten die Besetzung amtlicher Gebäude, Bahnhöfe, Banken, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. Alle Nachrichten über Ermordung von Beamten und sonstige Pläne der K. P. D. sind freie Erfindungen.

TU. Hamburg, 30. Juli. Zu dem auch von der Telegraphen-Union gemeldeten kommunistischen Dementi über die Pläne der Kommunisten bemerkt das „Hamburger Fremdenblatt“, daß es sich durch aus nicht um eine Fälschung handelt. Daß Pläne vorhanden sind, können die Kommunisten nicht leugnen; das geht schon aus den Ausrufungen der kommunistischen Presse hervor, mit denen sie zu der Kampfwache aufruft. Sie bekennen sich zur Politik der Gewalt. Möglicherweise sind ihr aber inwischen Bedenken aufgekommen, die Pläne seien schon jetzt zu verwerflich. Vorhanden sind sie aber.

Deutschland lehnt den Garantiepakt ab.

Die deutsche Denkschrift.

Kritik des Völkerbündentwurfs. — Positive Vorschläge.

Berlin, 29. Juli. Der Völkerbund hat, wie bereits vor einiger Zeit gemeldet wurde, den von einer seiner Kommissionen aufgestellten Entwurf eines „Vertrages über gegenseitige Unterstützung“ auch der deutschen Regierung zur Stellungnahme überhandelt. Das Auswärtige Amt hat den Entwurf einem Gremium von Sachverständigen zur Begutachtung unterbreitet, das sich aus den Professoren Söcher, Kaas, Kahl, Ministerialdirektor A. D. Kriege, Professor Meinede, General A. D. Graf Montgelas, Reichsminister A. D. Schiffer, Professor Schöding zusammensetzt. Die Sachverständigen haben ihre Auffassung in einer Denkschrift vom 5. Juli dargelegt, die nunmehr vom Auswärtigen Amt dem Generalsekretariat des Völkerbundes mit dem Einverständnis mitgeteilt wurde, daß die Reichsregierung sich die Ausführungen der deutschen Sachverständigen zu eigen mache.

Die Denkschrift, die das ganze Problem der Sicherheits- und Abrüstungsfrage erörtert, unterteilt zunächst die Grundgedanken des Völkerbündentwurfs in einen eingehenden Kritik. Der Entwurf geht von dem uneingeschränkten Verbot des Angriffskrieges aus. Die Frage aber, ob ein Angriffskrieg vorliegt, unterliegt ausschließlich der Entscheidung des Völkerbundes, der auch die Verfügung haben soll, Maßnahmen gegen den Angreifer, insbesondere durch Aufstellung militärischer Mittel, zu ergreifen. Darüber hinaus gestattet der Entwurf, daß der allgemeine Vertrag durch Sonderabkommen zwischen einzelnen Vertragsstaaten oder einzelnen Mächtegruppen ergänzt wird. Die deutschen Sachverständigen erklären ein solches System für unangebracht, das erstrebte Ziel der allgemeinen Sicherheit der Staaten und der dadurch ermöglichten Abrüstungsbeschränkungen zu erreichen. Die Ausführungen der Denkschrift begreifen sich hierbei in wesentlichen Punkten mit der Kritik, die inzwischen auch seitens der englischen und amerikanischen am dem Völkerbündentwurf geübt wurde. Von besonderer Bedeutung ist der von der Denkschrift geführte Nachweis, daß Deutschland angeht seiner völligen Entlassung in eine unmögliche Lage geraten würde, wenn es in einem bewaffneten Konflikt zwischen anderen Staaten auf Grund der Entscheidung des Völkerbundes seine Neutralität aufgeben und sich an kriegerischen Maßnahmen beteiligen müßte.

Die Denkschrift befürchtet sich indes nicht auf eine negative Kritik, sondern macht vielmehr in großen Zügen auch positive Vorschläge, wie nach deutscher Auffassung das Problem der Sicherheit und der

Abrüstung gelöst werden könnte. Dabei wird u. a. folgendes ausgeführt: Will man in Wahrheit die den Völkerbund tragende Idee der Völkerbrüderlichkeit ihrer Verwirklichung näher bringen, so wird man den Weg, den der Entwurf vorschlägt, nicht beschreiten dürfen. Er führt nicht über den Völkerbund hinaus, sondern von ihm und seinen Grundanschauungen ab. Nur ein organischer Ausbau, nicht ein äußerlicher Umbau verspricht Erfolg. Nicht eine Häufung von Verträgen und Abmachungen über den Völkerbundvertrag, sondern vertiefte Ausgestaltung tut not. Diese Ausgestaltung kann nicht in der Richtung erfolgen, daß man der Gewalt lediglich durch Gewalt begegnet. Die unermessliche Gewalt wird man nur dadurch aus der Welt schaffen, daß man ihr ein solches Recht entgegenstellt, durch das die zur Abwehr des Unrechts angewandte Gewalt erst gerechtfertigt und gebilligt wird. Man verbiete die gewaltsame Ausübung von Streitigkeiten, die gewaltsame Durchsetzung vermeintlicher Ansprüche schlechweg. Man schaffe neben dem für reine Rechtsstreitigkeiten bestimmten Weltgerichtshof eine Schlichtungsinstanz für politische Konflikte mit allen Garantien der richterlichen Unabhängigkeit ihrer Mitglieder. Man verlange den Einlassungszwang vor ihr und ebenso vor dem ständigen Weltgerichtshof in Haag. Man gebe beiden Stellen das Recht und die Pflicht zum Erlass einseitiger Verfügungen zum Zwecke des Beilegunges, insbesondere auch gegenüber angeblich friedlichen Besetzungen fremden Staatsgebietes. Vor allem mache man für alle Staaten die Abrüstung obligatorisch. Man forge endlich dafür, daß berechnete Wünsche der Bevölkerung wegen Vergrößerung der Grenzen auf dem Wege des geordneten Rechtsverfahrens ihre Lösung finden. Denn die Entwicklung steht nicht still. Wer den Wunsch hat, sie nicht in gewaltsamen Eruptionen vor sich gehen zu lassen, darf nicht den ausschließlichen Versuch machen, sie in den Zustand der Erstarrung zu versetzen, der schließlich auch gesprengt werden würde. Er muß vielmehr darauf bedacht sein, ihm freie Bahn zu lassen und nur dafür zu sorgen, daß diese Bahn die des Rechtes ist. Nur so wird man die Voraussetzung für eine kraftvolle Wirksamkeit des Völkerbundes schaffen, nur so die Möglichkeit für eine Stärkerweiterung seiner Kompetenzen heraufführen und nur so auch jener Universalität seines Mitgliedsbereiches den Weg bereiten, ohne die seine große Aufgabe niemals voll erfüllen kann. Auch Deutschland braucht alsdann nicht zu zögern, in die Gesellschaft der im Völkerbund vereinigten Nationen, selbstverständlich unter der Voraussetzung der vollen Gleichberechtigung, einzutreten, um auf dem Boden des Rechtes an der Erhaltung eines dauernden Friedens mitzuarbeiten.

Der Generalstreik in Oberschlesien.

Rattowitz, 30. Juli. Der Generalstreik in Oberschlesien wird auf allen Gruben und Häuten streng durchgeführt. Die Belegschaften waren heute sämtlich nicht mehr zur Arbeit erschienen. Die Kohlenarbeiter werden teilweise von Beamten ausgeführt. Die Betriebsräte erließen die Arbeiterchaft, im Streik zu verharren und nur den Weisungen der Führer zu folgen. Die Angehörigen der Belegschaften haben sich bis jetzt dem Generalstreik noch nicht angeschlossen. In der gestrigen Sitzung der Angehörigen der Belegschaften wurde beschlossen, heute und morgen in den Betrieben eine Abstimmung vorzunehmen zu lassen, ob man sich an dem Generalstreik beteiligen solle oder nicht. Das Ergebnis dieser Abstimmung dürfte heute oder morgen bekanntgegeben werden.

Rattowitz, 30. Juli. Infolge des Generalstreiks in Oberschlesien ist die Stadt Rattowitz, die mit elektrischer Kraft von der Grube bei Rattowitz gespeist wird, von der Stromzuführung abgeschnitten. Mit Ausnahme der Firmen, die eigene Kraftanlagen besitzen, sind sämtliche Unternehmungen stillgelegt. Auch die hiesigen Tageszeitungen können heute nicht erscheinen. Die Straßenbeleuchtung ist gestört.

Auflösung von Außenhandelsstellen.

Berlin, 30. Juli. Die Außenhandelsstellen und Außenhandelsniederstellen für Chemie, für Eisen und Stahlzeugnisse, für Papierstoffe, Garne, Waren und Schuhwaren, für Feinmechanik und Optik, für Bekleidung, für Kunststoffe, für Rohwaren, für das Papiergeschäft, für Papierindustrie, für Papierwaren, für Schmirgel- und Formierstoffe und Knöpfe, für Spielwaren, für Seiden und Erben, für Rement, Kautschuk und sonstige Waren, deren bereits seit längerer Zeit die Befugnis zur Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen entzogen worden ist, werden nunmehr durch eine in diesen Tagen im Reichsanzeiger zur Veröffentlichung kommende Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums endgültig aufgelöst. Soweit Waren aus dem Zuständigkeitsgebiet dieser Stellen noch einem Ein- oder Ausfuhrverbot unterliegen, ist für Ein- und Ausfuhrbewilligungen der Reichskommission für Aus- und Einfuhrbewilligungen zuständig.

Ein Notkreuz der Landwirtschaft.

TU. Hannover, 30. Juli. Der hannoversche Landbund hielt am Dienstag in Hannover eine Mitgliederversammlung ab, in der einstimmig eine Entscheidung über die Notlage der Landwirtschaft angenommen wurde. Zum Schluß heißt es darin: Wir rufen namens des hannoverschen Landbundes dem Reichstage und alle, die es hören müssen, zu: Sorgt durch Einschränkung der Ausgaben auf dem Gebiete der inneren und äußeren Politik dafür, daß die Steuern erheblich herabgesetzt werden. Sorgt für Befreiung der Kredit- und Preisnot. Geht es nicht, so werden für alle Verschleppungsfolgen alle diejenigen die Verantwortung tragen, die auf unsere immer wieder warnend erhobene Stimme nicht gehört haben oder nicht haben hören wollen.

Bayerische Maßnahmen gegen Festlichkeit.

München, 30. Juli. Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, entschloß sich die bayerische Staatsregierung, von dem Gedanken der Erreichung der möglichen Einheit und Geschlossenheit des ganzen Volkes ausgehend, gegen ein Uebermaß von öffentlichen Festlichkeiten und feierlichen Maßnahmen zu ergreifen mit dem Ziel, Veranstaltungen unter freiem Himmel, insbesondere öffentliche Auf- und Umzüge einzuschränken. Künftig sollen alle derartigen Veranstaltungen von den Polizeibehörden einer strengen Prüfung unterzogen werden als bisher. Bei Feiern und Festlichkeiten werden Veranstaltungen unter freiem Himmel zukünftig nur dann genehmigt werden, wenn ein allgemeines Interesse von Volk oder Staat besteht. Von diesem Gedanken wurde bereits bei der Feier des Opfergedenktes am 3. August ausgegangen. Auch Veranstaltungen zur

Die Wiederaufnahme der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen.

Berlin, 30. Juli. Mit der Unterzeichnung des Schlußprotokolls über die Beilegung des deutsch-russischen Zwischenfalls wird zugleich eine Wiederaufnahme der deutsch-russischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen verbunden sein. Aus der Fortsetzung der deutschen Industrie wird mitgeteilt, daß in denjenigen Industriezweigen, die schon bisher Wirtschaftsverbindungen zu Russland unterhalten haben, auf eine sehr willkommene Wiederbelebung der Industrie und des deutschen Exportgeschäftes gehofft wird. Es hat sich herausgestellt, daß die russische Regierung in anderen Staaten den hat, und daß die Einfuhr nach Russland auf anderen Ländern während der Periode des Wohlstands deutscher Erzeugnisse sehr gering gewesen ist. Da nun der Bedarf in Russland, besonders in Bezug auf landwirtschaftliche Maschinen, inwieweit sehr gesteigert ist, ist damit zu rechnen, daß das deutsche Exportgeschäft binnen kurzem eine erhebliche Wendung erfahren wird. Dazu kommt noch, daß in den neuen Abkommen, die infolge der Beilegung des Konflikts zwischen Deutschland und Russland vorbereitet werden, eine ganze Reihe von Erleichterungen für den Warenaustausch zwischen Deutschland und Russland vorgesehen sind.

Zu der Beilegung des deutsch-russischen Konflikts, die in der deutschen Presse zum Teil ungünstig beurteilt wird, bemerkt die „Zeit“: Bei den ganzen Verhandlungen stand die Frage der Territorialität der Handelsvertretung im Mittelpunkt der Erörterungen. Sie verforderte eigentliche politische Ziele der Russen. Sie gaben dabei zu erkennen, daß sie auch an die Unverletzlichkeit aller von der Handelsvertretung benutzten Räume dachten. Nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen war nicht zu bestreiten, daß die auf Grund des Abkommens von 1921 die anerkannte Exterritorialität von 12 bis 15 Mitarbeitern der Handelsvertretung aus gewisser Auswirkung auf ihren sachlichen und räumlichen Aktionsbereich zur Folge hat. Die Russen haben aber schließlich das Prinzip anerkannt, daß nicht die Institution als solche einer regelmäßigen diplomatischen Mission gleichgestellt, sondern nur einen Teil der Räumlichkeiten als unterlich abgegrenzt wird. Auch zwei andere russische Forderungen wurden erheblich eingeschränkt. Es wird keine Entschädigung bei der Regierung in Moskau auszusprechen, keine Verletzung aller beteiligten Beamten, sondern nur in ganz allgemeiner Form der schuldigen Beamten in Aussicht gestellt. Auf einen wichtigen Punkt ist noch hinzuweisen. Die Russen haben sich verübt, die der Polizeigewalt vorausgesetzene Episode, das Entweichen des Kommunisten Bogdanow, in der Diskussion nicht zu berücksichtigen. Trotzdem ist es gelungen, das ganze Verhältnis der Handelsvertretung zu den innerdeutschen Kommunistenbestrebungen mit in den Kreis der Regelung einzubeziehen und so der Regierung für die Zukunft eine ganz klare Basis zu geben, um bei der russischen Regierung gegen jede Verletzung der Handelsvertretung zu innerpolitischen Zwecken zu intervenieren.

Moskau, 30. Juli. Die Mitteilung, daß in Berlin das Protokoll unterzeichnet ist, durch das der deutsch-russische Zwischenfall beigelegt wird, rief, wie die russische Telegraphen-Agentur meldet, in politischen und Handelskreisen der Sowjet-Union große Genugung hervor. In diesen Kreisen wird angenommen, daß man von jetzt an in eine Beziehung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern eintreten wird.

Französischer Senat.

Paris, 30. Juli. Der Senat beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Unternehmengesetzentwurf. Der Verichteratter der Finanzkommission schlug vor, der Regierung das Recht zu geben, gewisse Gnadenakte zu vollziehen, jedoch die Erleichterung des von der Kammer anzunehmenden Gesetzes bis zum Wiedereintritt des Senats im Herbst aufzuschieben. Wegen dieses Vorschlags erhob die Linke des Senats Widerspruch und es kam dabei zu einem Zwischenfall. Bei der Rede des Senatsors De Monzie rief der reaktionäre Senator De Lahaye: „Sie haben viel Gutes zu den Vorgesetzten!“ Es kam zu lärmenden Protesten und als Senatspräsident De Selves keine Mene machte, den Senator De Lahaye zur Ordnung zu rufen, forderte die Linke die Demission. Der Senatspräsident mußte die Sitzung unterbrechen. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde der Senator De Lahaye zur Ordnung gerufen.

Der Belagerungszustand in Rumänien.

Paris, 30. Juli. Nach einer Mitteilung aus Bukarest wurde im gesamten Königreich Rumänien der Belagerungszustand verhängt. Diese Maßnahme sei im Anschluß an die Zusammenkunft eines ehemaligen Ministers mit der von General Averescu geführten Partei erfolgt. Die rumänische Regierung behauptet, Dokumente zu besitzen, denen zufolge Averescu einen Staatsstreich beabsichtige, um die Regierung Brailianu zu stürzen und sich selbst zum Diktator zu machen. In den Straßen Bukarests streifen Patrouillen. Ansammlungen von Gruppen seien verboten.

Das Programm des neuen polnischen Außenministers.

Königsberg, 30. Juli. Wie der oberste polnische Minister aus Warschau meldet, entwickelte der neue Außenminister Skrzynski gestern in einer Uebersicht sein Programm. Ueber das Verhältnis Polens zu Deutschland erklärte der Minister, daß es das selbe sein werde, wie dasjenige Deutschlands zu Polen. Polens Bestreben sei, mit Deutschland aber auch mit Russland zu freundschaftlichen Beziehungen als irgend möglich anzuknüpfen, zwar nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Das tägliche Leben weise auf die beiderseitigen großen Vorteile auf dem Gebiete des Handels und der Finanz hin. Diefem Bestreben wolle Polen entgegenkommen. Darüber hinaus werde das Verhältnis Polens zu den beiden Nachbarstaaten abhängig sein von dem Verhältnis der zwischen beiden Staaten bestehenden Verträge und zum Völkerbund. Wenn Deutschland und Russland die Idee des Völkerbundes sich zu eigen machen, glaube er, daß sich die Idee der einträchtigen gutnachbarlichen Zusammenarbeit in ganzer Fülle entwickeln werde.

Neue russisch-japanische Verhandlungen.

TU. London, 30. Juli. Wie aus Peking gemeldet wird, beabsichtigt die japanische Mission den Vertreter der Sowjetregierung, Carahan, daß am 3. August die russisch-japanischen Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Zum Vertreter der japanischen Regierung wurde Tschibawa ernannt.

Feier des Verfassungstages am 11. August sollen sich in einem geschlossenen Raume abspielen. Die Anordnung richtet sich nicht gegen die Verfassungsfeste an sich, sondern nur gegen das geduldvolle Festgebräde und laute Demonstrationen. Die gleichen Gesichtspunkte werden in Zukunft für alle nach den Ausnahmezustandsbestimmungen genehmigungspflichtigen Veranstaltungen unter freiem Himmel gelten. Für turnerische, sportliche und ähnliche Veranstaltungen gilt diese Anordnung nicht.

Verlangen nach strafferer Bindung des Kohlenpreises.

Essen, 30. Juli. In den heutigen Sitzungen der „Ruhrkohle“ wurde die unhaltbare Lage besprochen, die sich auf dem Kohlenmarkt infolge der Lockerung der sanitätlichen Bindung auf dem Gebiete der Handelsorganisation herausgebildet hat. Die in der Inlandsgruppe zusammengefaßte große Mehrheit der Mitglieder steht auf dem Standpunkte, daß nur ein strenger geformter Einheitspreis, der die Befreiung bringt. Es wurden Beschlüsse gefaßt, die darauf abzielen, schon vor Ablauf des jetzigen Substanzvertrages eine Verringerung in diesem Sinne herbeizuführen. Die Mittelgliederung trug dem schlechten Absatz dadurch Rechnung, daß sie beschloß, die Verkaufsanteile bis auf weiteres in Kohlen auf 75 Proz., in Koks auf 60 Proz. und in Brückstein auf 70 Proz. zu verringern.

Keine Kohlenpreiserhöhung.

Essen, 30. Juli. Es sind Gerüchte im Umlauf, und es ist auch bereits gemeldet worden, daß am 1. August eine weitere Preiserhöhung für Kohlen eintreten werde. Nach Information der Deutschen Bergwerkskammer auf maßgebender Stelle trifft diese Verlautbarung nicht zu. Die Ruhrkohle-Mittelgliederung beschäftigt nicht, ihre Preise zu erhöhen, sondern vielmehr herabzusetzen, da sie mit der letzten Preiserhöhung bereits an die Grenze des Möglichen gegangen ist.

Keine Verringerung der Rohseisenpreise.

Essen, 30. Juli. In der heutigen Hauptversammlung des Rohseisenverbandes wurde seitens der Geschäftsführung mitgeteilt, daß der Absatz in Rohseisen im Monat Juli gegenüber den Vormonaten einen wesentlichen Rückgang erfahren hat und daß die Nachfrage nach Rohseisen weiterhin sehr schwach ist, was in erster Linie auf die schwierigen Weltverhältnisse zurückzuführen sei. Mit Rücksicht auf die ungünstige wirtschaftliche und politische Lage wurde beschlossen, von einer Verringerung der Verkaufspreise abzusehen.

Neue Stilllegungen in der rheinisch-westfälischen Industrie.

TU. Mülheim-Ruhr, 30. Juli. Die Maschinenfabrik Thyssen u. Co. p. in Mülheim-Ruhr hat zum 1. September sämtliche Beamten wegen Arbeitsmangels gekündigt. Die gekündigten Beamten können vom 1. September ab in Kurzarbeit weiter beschäftigt werden, wenn sie sich mit einer Kürzung ihres Gehaltes um 50 Proz. einverstanden erklären. Die Betriebe der Firma, die bis jetzt noch voll gearbeitet haben, werden ab 1. August auf Kurzarbeit eingestellt; 1000 Arbeiter kommen infolgedessen zur Entlassung.

Die Friedrich-Wilhelmshütte hat beim Demobilisationskommissar die Stilllegung des gesamten Werkes beantragt.

Reichsdeutsche Gedenktage in Wien.

TU. Wien, 30. Juli. Am 3. August findet auf dem Zentralriedhof in Wien eine reichsdeutsche Gedenktage für die Gefallenen des Weltkrieges statt. Der deutsche Gesandte Dr. Pfeiffer wird die Gedenkrede halten und namens der Reichsregierung einen Kranz niederlegen.

Die 2.

Das von Schließ, gerichtet auf die russischen dem Arbeiterorganen arbeitserhebend in der

Das Schließ, gerichtet auf die russischen dem Arbeiterorganen arbeitserhebend in der

Die Lohn... ter Vorst... lich aberau... gendenband... die Frage ei... fährten der... wesen des... gebroche... Die Arbe... von der Le... weise einfi... herige frist... Anordnun... gelegten Ar... gengeruppe... sie sich folg... fahrten zur... Anordnun... nichtverfä... geltend ma... Schließspru... Demgege... Standpunk... lung vom 1... abfassung... vom Schließ... Verhandlung... diese Frage... vom 12... Schließspru... Sonderverf... stattehabte... fen sei, mi... Schließung... Angehörig... beinnehm...

Deutschungen.

Unterzeichnung des deutsch-russischen Handelsvertrages. Die Unterzeichnung des deutsch-russischen Handelsvertrages ist am 30. Juli in Moskau erfolgt. Der Vertrag ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Er regelt die Handelsbedingungen für Waren aller Art und sichert die Freiheit des Handels. Der Vertrag ist ein Zeugnis für die Freundschaft zwischen Deutschland und der Sowjetunion.

Die Unterzeichnung des deutsch-russischen Handelsvertrages ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Der Vertrag regelt die Handelsbedingungen für Waren aller Art und sichert die Freiheit des Handels. Der Vertrag ist ein Zeugnis für die Freundschaft zwischen Deutschland und der Sowjetunion.

Soziales.

Die Betriebsräte im Ruhrbergbau.

Das vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Schiedsgericht, das zu seinen Mitgliedern fünf Juristen zählt, hat bekanntlich in der Streitfrage zwischen dem Bergarbeiterverband und den Bergarbeiterorganisationen über die nach der Bergarbeiterbewegung erfolgte Umstrukturierung der Betriebsräte im Ruhrbergbau diese als unzulässig erklärt. Das Schiedsgericht gibt nunmehr dem Spruch folgende Begründung: Das Schiedsgericht ist grundsätzlich davon ausgegangen, daß Vereinbarungen, wie sie üblicherweise bei Abklärung von Streiks getroffen werden, eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses mit der Wirkung, wiebeler beseitigen können, daß alle Eigenschaften und Funktionen, die für die Arbeitnehmer durch das frühere Arbeitsverhältnis begründet waren, wieder aufleben. Die Beteiligten können selbstverständlich nicht vereinbaren, daß ein Arbeitnehmer Mitglied der Betriebsvertretung bleiben oder aus dieser ausgeschlossen sein soll. Denn diese öffentlich-rechtliche Funktion kann nicht Gegenstand einer Privatvereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein; über das privatrechtliche Arbeitsverhältnis können sie aber alles das vereinbaren, was gesetzlich nicht verboten ist. Sie können daher auch festlegen, daß eine erfolgte Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses rückgängig gemacht und als nicht geschehen betrachtet werden soll. Ist aber eine solche Wiederherstellung des früheren Zustandes gewollt und durch eine Abmachung vereinbart, so folgt daraus, daß die mit dem Arbeitsverhältnis verbundene Mitgliedschaft der Betriebsvertretung als nicht erloschen gilt. Durch die Vereinbarung, die die Beteiligten am 27. Mai 1924 getroffen haben, ist die Frage am 27. Mai zum Ausdruck gebracht, daß das Arbeitsverhältnis in seiner Gesamtheit in dem früheren Zustand wiederhergestellt werden sollte, so daß die Mitgliedschaft der Betriebsvertretung fortbesteht. Es folgt daraus aber nicht, daß sich hieraus für die Zeit der tatsächlichen Unterbrechung privatrechtliche Ansprüche ergeben.

Die Lohnfrage bei den sächsischen Randzechen.

Eszen, 28. Juli. Die auf heute Vormittag unter Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Weidlich anberaumten Verhandlungen zwischen dem Bergarbeiterverband und den Bergarbeiterverbänden über die Frage einer Lohnaufhöhung für die sogenannten sächsischen Randzechen sind nach kurzer Aussprache zwischen den Parteien als ergebnislos abgebrochen worden. Die Arbeitnehmerverbände vertreten abweichend von der letzten Parteiverhandlung überraschenderweise einstimmig den Standpunkt, daß ohne vorherige fristgemäße Kündigung der zurzeit gültigen Lohnordnung eine Abänderung der in dieser festgelegten Lohnsätze für einzelne Zechen oder Zechengruppen nicht in Frage kommen könne, daß sie sich folgerichtig an einem heutigen Schiedsverfahren nur unter Zwang beteiligen und aus dieser Zwangsmaßnahme Einspruch gegen eine Verbindlichkeitsklärung eines etwaigen Schiedspruches geltend machen würden, sofern der Inhalt dieses Schiedspruches ihren Wünschen nicht entspreche. Demgegenüber vertreten die Arbeitgeber den Standpunkt, daß der in der Schlichtungsvereinbarung vom 12. März 1924 behandelte Punkt Lohnabstufung für die sächsischen Randzechen damals vom Schlichter zunächst den Parteien zur weiteren Verhandlung überlassen sei, und daß demzufolge diese Frage unabhängig von der im Schiedspruch vom 12. März 1924 und den folgenden Schiedsprüchen festgelegten Lohnordnung einem Sonderverfahren vorbehalten sei. Da die inzwischen stattgehabte Parteiverhandlung ergebnislos verliefen sei, müsse die Frage Gegenstand der heutigen Schlichtungsbehandlung bilden. Angesichts der obigen Stellungnahme der Arbeitnehmerverbände und der Erklärung des Reichs-

kommissars, daß auch er die Rechtslage nicht als zweifelsfrei ansehen könne, sah sich der Reichsverband zu der Erklärung genötigt, daß er unter diesen Umständen von einem heutigen Schlichtungsverfahren kein praktisches Ergebnis erwarten könne. Der Bergarbeiterverband bedauerte im Besonderen die betroffenen Zechen und deren Belegschaften diese aus rein formalen erst jetzt von den Arbeitnehmervertretern geltend gemachten Gründen veranlaßt weitere Verzögerung umso mehr, als die Verhältnisse auf den meisten sächsischen Randzechen, wie allgemein bekannt, rasche Klärung erforderten. Für die weitere Verfolgung der Angelegenheiten behalte sich der Bergarbeiterverband ausdrücklich alle geeigneten Maßnahmen vor, da er auf schnellste Lösung der Frage nicht verzichten könne.

Vorläufiges Ergebnis der Knappschaftswahlen am Niederrhein.

Am Sonntag, 27. Juli, fanden am Niederrhein die diesjährigen Knappschaftswahlen statt. Von den in 22 Bergarbeiterverbänden 3211, der Erbkölle Gewerkschaft 1888, die Union 2772, der Freiwirtschaftlichen Gewerkschaft 249, Unorganisierte 302, verblieben waren 94 Stimmen. Vier Stimmgruppen haben noch aus, doch dürfte dadurch das Ergebnis nicht beeinflusst werden.

Der Arbeiterurlaub in Deutschland.

Es wird uns geschrieben: Auszeit haben Angaben des Internationalen Gewerkschaftsbundes über Arbeiterurlaub in den europäischen Staaten in der Tagespresse einen Umlauf angetrieben, die nicht unüberprüft geblieben wären. Auch es schon verfließen, daß der Internationale Gewerkschaftsbund über die neuesten Urlaubsbestimmungen in Deutschland, Finnland, Polen und anderen Staaten auf dem Laufenden ist, dagegen aber schenbar mit einer gewissen Tendenz aus dem nicht weiter abliegenden Deutschland als jüngste Vergleichszahlen die von 1921 anführt, so muß der für Deutschland ausgerechnete ungünstige Prozentsatz der Urlaubsbestimmungen als höchste Übergrößen. Mit welchen Mitteln der Internationale Gewerkschaftsbund arbeitet, geht daraus hervor, daß für alle angeführten Länder die tatsächlichen Urlaubsbestimmungen werden, für Deutschland aber der Prozentsatz der Verträge: Die durchschnittliche Urlaubsdauer in Deutschland war in 50 Prozent der Verträge 3 Tage und in weiteren 41 Prozent der Verträge 3 bis 6 Tage. Warum wird nicht dieser selbst Prozentsatz auch für die anderen Länder angeführt? Der Grund ist ersichtlich: für die anderen Länder würde der Prozentsatz bedeutend schlechter stehen als für Deutschland. Und das würde noch überzeugender zutage treten, wenn man für Deutschland den richtigen Prozentsatz ausgerechnet haben würde. Wie wenig zuverlässig die vom Internationalen Gewerkschaftsbund angegebenen Zahlen sind, möge aus folgenden wenigen Angaben über Urlaubsbestimmungen in einigen deutschen Industrie- und Gewerbebetrieben hervorgehen: Im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier wird schon nach einjähriger Tätigkeit der Mindesturlaub von 3 Urlaubstagen gewährt, desgleichen im Braunkohle- und in der Eisenindustrie nach 2 Jahren, im Holzgewerbe nach 1 1/2 Jahren. Am Steinkohlenbergbau gibt es nach 6jähriger Beschäftigung 8 Urlaubstage, in der Eisenindustrie 7. Wenn man weiß, daß im Bergbau die Urlaubstage bis zu einem Höchstmaß von 12 und in der Eisenindustrie gleichfalls bis zu 12 Arbeitstagen gehen, daß die Urlaubsfristen der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte von 4 Tagen bis zu 2 Wochen gehen, in der Rheinisch-Westfälischen Bergbauverwaltung von 4 bis zu 10 Tagen, im Holzgewerbe von 3 bis zu 6 Tagen, so dürfte es jedem klar sein, daß es sich bei dem vom Internationalen Gewerkschaftsbund angegebenen Zahlen um eine tendenziöse Entstellung handelt. Eine Berechnung, daß die durchschnittliche Urlaubsdauer in 50 Prozent der deutschen Betriebe nur 3 Tage betragen sollte, ist selbst dann absurd, wenn man die ganzen Belegschaften der einzelnen Gewerbe als Einzelarbeitsverträge rechnen würde.

Letzte Drahtmeldungen.

Die Friedhofschänder ermittelt.

Gagen, 30. Juli. Die Grabhändler, die den sächsischen Friedhof in Elpe verwüsten haben, sind im Laufe des heutigen Tages von der Kriminalpolizei ermittelt und zum größten Teil festgenommen worden. Es handelt sich um vier männliche und zwei weibliche Personen, die den linksrheinischen Kreisen angehören.

Im der Regentonne ertrunken.

TU. Bielefeld, 30. Juli. Das dreijährige Einjährige Tochterchen der Eheleute Adolphi verlor, beim Spielen mit einem Teller aus einer auf dem Hof stehenden Regentonne Wasser zu schöpfen. Es bekam dabei das Übergewicht und ertrank, ohne daß der Vorfall bemerkt wurde.

Der frühere Oberbürgermeister von Düsseldorf gestorben.

Düsseldorf, 30. Juli. Der frühere Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Wilhelm Marx, ist heute gestorben. Er trat 1888 als Beigeordneter in die Stadtverwaltung und wurde 1899 zum Oberbürgermeister gewählt. Unter seiner 12jährigen Tätigkeit hat die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Düsseldorf einen großen Aufschwung genommen. Im Jahre 1910 legte er sein Amt nieder und ging zur Industrie über. Er gehörte einer großen Anzahl industrieller Gesellschaften als Aufsichtsrat an. Das große Bürohaus am Hindenburg-Wall wurde nach ihm Wilhelm Marx-Haus genannt.

Kampf mit Wilderern.

Goslar, 30. Juli. Ein Förster traf im Walde drei Männer und eine Frau bei der Vergewaltigung eines gezeigten Hirsches. Es kam zu einem aufregenden Kampfe in der Dichtung. Der Förster kam mit seinem Schutze den Wilderern zuvor und erschoss einen. Der Tote ist als der 70jährige berufsmäßige Wilderer Bogelch aus Lanne erkannt worden.

Eine siebenköpfige Familie vergiftet.

TU. Frankfurt a. M., 30. Juli. Nach dem Genus von Corned-Beef erkrankte in Griesheim eine siebenköpfige Familie unter schweren Vergiftungserscheinungen. Die 5 Kinder und die Frau wurden dem städtischen Krankenhaus zugeführt. Bis jetzt sind 4 Kinder an der Vergiftung gestorben; das 5. befindet sich in schwerer Lebensgefahr. Das Befinden der Frau läßt eine Besserung erhoffen, während der Mann noch seiner Arbeit nachzugehen vermag. Den die Schuld an diesem entsetzlichen Unfall trifft, muß die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Die deutsch-bayerischen Eisenbahnverhandlungen ergebnislos.

München, 30. Juli. Wie mehrere Blätter melden, sind die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung über die Eisenbahnfragen zu keinem Ergebnis gelangt. Reichsverkehrsminister Dr. Lohse und Reichsfinanzminister Dr. Lohse sind wieder nach Berlin zurückgefahren.

Die Verteidigung der italienischen Presse.

Rom, 30. Juli. Das Komitee für Verteidigung der Presse erhob mit Zustimmung zahlreicher Zeitungen verschiedener politischer Richtungen ganz Italienischen energischen Protest gegen die Gesetzentwürfe der Behörden und beschloß, für die verfassungsmäßige Freiheit zu kämpfen, und lud alle Zeitungen ein, Vertreter für das Komitee zu ernennen. Wie verlautet, ist ein besonderes Komitee an der Arbeit, sämtliche Pressebestimmungen zu sammeln und als Gegentwurf dem Parlament zu unterbreiten. eca. Rom, 30. Juli. Stefani teilt mit, daß Ministerpräsident Mussolini selbst die Beschlagnahme

Oppositioneller Zeitungen in Mailand habe aufheben lassen, da das Pressegesetz hier zu weitgehend angewandt worden sei.

Unwetter in Oberitalien.

TU. Mailand, 30. Juli. Gestern tobten in verschiedenen Orten der Gegend von Bergamo starke Schne- und Hagelstürme. In Mailand fielen fast eine solche Kälte ein, daß man die Wintermütze anziehen mußte. Auch ein Orkan wüthete. In der Provinz Novara wurde durch den Hagel Schaden an Trauben- und Reisernte vernichtet. Der Schaden wird auf 8 Millionen Lire geschätzt.

Brand von Strumica.

TU. Belgrad, 30. Juli. In Strumica (Südserbien) ist gestern ein ungeheurer Brand ausgebrochen, der einen großen Teil der Stadt vernichtete. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Russlands Forderungen an China.

TU. London, 30. Juli. Nach einer Meldung aus Peking hat der Botschafter der Sowjetregierung, Karichan, an die chinesische Regierung die energische Aufforderung gerichtet, die gegenwärtig im Hafen von Shanghai angekommenen russischen Kriegsschiffe der Sowjetregierung auszuliefern.

Ein jüdischer Tempel in die Luft gesprengt.

TU. Wars, 30. Juli. Der jüdische Tempel in Soszabell wurde gestern in die Luft gesprengt. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Die Explosion erfolgte durch eine Holenmaschine, die an die Wände des Gebäudes gelegt worden war. Der Verdacht richtet sich gegen den Bergwerkspremierminister Bogdan, der allein in der Umgebung über Straßten verfügt.

Jugentkämpfung auf der Hamburger Elbebrücke.

TU. Hamburg, 30. Juli. Auf der Elbebrücke zwischen Hamburg und Harburg entlegte ein Schülerzug 6 Wagen für den um und richteten erheblichen Schaden an. Der Personenverkehr wurde nicht gestört.

Abgestürzt und verbrannt.

TU. Paris, 30. Juli. Gestern nachmittags stürzte der Dyon der Flieger Boyin aus einer Höhe von 1050 Metern mit brennendem Flugzeug ab. Der Pilot ist vollkommen verbrannt.

TU. Orléans, 30. Juli. In gestriger Unmuthung hat sich hier ein Sohn aus achtbarer Familie, der frühere Angestellte der Gutehoffnungshütte, Heinrich H., seinem Leben ein Ende gemacht, indem er sich an dem Bettposten erhängte.

Berlin, 30. Juli. Die russische Handelsvertretung in Berlin hat laut „D. A. Ztg.“ ihre Tätigkeit im vollen Umfang wieder aufgenommen.

TU. Paris, 30. Juli. Der ägyptische Ministerpräsident Zagul Pascha ist gestern in Frankreich eingetroffen.

TU. Paris, 30. Juli. Poincaré wird sich am Freitag nach Lüttich begeben, wo ihn die Universität zum Dr. h. c. ernennen wird.

eca. Newyork, 30. Juli. Der Zustand des Senators Lodge ist befriedigend. Die Operation, der er sich unterwerfen mußte, ist glücklich verlaufen.

Verantwortlich: Für Politik, Feuilleton und Handel: Dr. H. Hebel; für Lokales, Sport und Letzte Nachrichten: Ernst Henle; für Provinziales, den übrigen Zeitteil und Unterhaltungsbeilagen: F. B. G. Henke; für Inserate und Bekanntheit: Emil Billig, sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

DUSSELDORFER MUSTERSCHAU

unter Mitwirkung der Stadt, Handels- und Handwerkskammer
am 10., 11. u. 12. August 1924
In den Ausstellungsräumen des Kunstpalastrs am Rhein und den neu erbauten Hallen



Beteiligt:
Textil-, Schuh- und Leder, Papier-, Bürobedarf-, Galanterie-, Haushaltungs- und Parfümerie-Branche

Sonder-Veranstaltungen:

Vorführungs-Messe
im Kaisersaal der Stadt Tonhalle

Tabak- u. Lebensmittelmesse
bis zum 15. August im Zoologischen Garten

Auskunft erteilt die Geschäftsstelle:
Düsseldorf :: Wehrhahn 98-100



5. Niederrhein. Messe in Wesel (unbesetztes Gebiet)
veranstaltet von der Stadt Wesel und der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel in Duisburg-Ruhrort
— 14.—18. August 1924 —

Ausstellung für Handel und Industrie, zugleich Export-Messe (Holland), 80 000 qm zusammenhängende Ausstellungsfläche, davon 50 000 qm in massiven, gedeckten Gebäuden, Straßensystem, Organisation d. einzelnen Branchen, Gebäudeformen und Rheinthalen an der holländischen Grenze.

Wichtigster Eisenbahnknotenpunkt und Auskluft durch das Messelam Wesel und die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel in Duisburg-Ruhrort.

Sämtliche Schirm- u. Stock-Reparaturen

sowie
Neubeziehen und Modernisieren
der Schirme führt aller- schnellsten und fachgerecht aus

Ph. Nimphius
(Schirmfabrik mit elektr. Betrieb)
Bochum, Bongardstraße 18
(neben der Tonhalle)

C.O. Loer Kammernägler
gerichtet, ver. Sachverstat. und Gutachter
Bochum
Friedrichstr. 2 Telefon 2005

Ummanteln
Widert, Mitterer, Blüthen
verschwinden sehr schnell, wenn man abends den Schaum von Zuder's Patent-Medizinale-Gelbe eintrüben läßt. Schaum erst morgens abwaschen u. mit Zuder's Creme nachstreichen. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Feilwarengeschäften erhältlich

Turner-Jacken
Turner-Hosen
Turner-Gürtel
Turner-Hosenträger
Fußball-Jerseys
J. & F. Biergans
Bochum, Kortumstr. 20.

Besucht
Goslar a. Harz
die 1000-jähr. Kaiserstadt

LUFTKURORT
Beliebtes Standquartier für Harzwanderungen. — Jägergarnison. Auskundschaft und Prospekte vom Verein für Fremdenverkehr und vom Stadt-Vorstand.

PELZ-
Umarbeitungen
und Neufütterungen
jetzt billige Sommerpreise.

Pelzhaus Offszanka
Bochum, Hochstraße 5, gegenüber Kaufhaus Glomons

Chemische Fabrik Walther Bosch
G. m. b. H. / Telefon 19 / Bochum
bietet an ab Fabrik Hermannshöhe 20:
Amerikan. Autobenzin 0,730 / 0,740. Auto-Raffinat 6-7. Wasserstoff und Sauerstoff. Technische Oele und Fette
aller Art für die Maschinenschnitzung zu den billigsten Tagespreisen sofort lieferbar.

Bei Nerven- und Herzschwäche
ist Sozon-Elixier das unübertroffene Kräftigungsmittel.
Mehrfach prämiert, gesetzlich geschützt.
Allein echt im
Wörisholener Kräuterhaus, REINHOLD MANNHARD
Viktoriastraße 3.

Natürliches Mineralwasser
Gerolsteiner, Roisdorfer
in frischer Brunnensfüllung eingetroffen.
Hauptvertrieb und Lager:
Franz Bender, Roonstr. 70
Telefon 1027.

Fischer's

Saison-Ausverkauf

beginnt am 31. Juli

Der Beweis unerreichter Leistungsfähigkeit

liegt darin, daß meine Preise auf Friedensgrundlage eingestellt sind und in Bezug auf Qualitäten und Auswahl von keiner Seite auch nur annähernd erreicht werden

Nachstehende Angebote dienen als Beispiele:

Herren-Anzüge

ohne Rücksicht auf den wirklichen Wert

Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4	Serie 5	Serie 6	Serie 7
19	27	38	48	58	68	78

Herren-Paletots u. -Ulster

ohne Rücksicht auf den wirklichen Wert

Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4	Serie 5	Serie 6	Serie 7
19	27	38	48	58	68	78

Loden-, Gummi- u. imprägn. Mäntel

ohne Rücksicht auf den wirklichen Wert

Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4	Serie 5	Serie 6	Serie 7
17	26	32	38	45	55	68

Herren-Hosen

ohne Rücksicht auf den wirklichen Wert

Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4	Serie 5	Serie 6	Serie 7
320	450	750	11	15	19	24

Loden-Anzüge

ohne Rücksicht auf den wirklichen Wert

Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4	Serie 5	Serie 6	Serie 7
19	24	30	36	45	55	65

Sport-(Breeches)Hosen

ohne Rücksicht auf den wirklichen Wert

Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4	Serie 5	Serie 6
550	750	975	1250	15	18

Jünglings-Anzüge

Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4	Serie 5	Serie 6
1600	2200	2800	3500	4500	5500

Auf sämtliche
Lüster-, Leinen- und
Wasch-Kleidung

gewähre **20% Rabatt.**

Knaben-Woll-Anzüge

Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4	Serie 5	Serie 6
550	750	950	1200	1600	2000

Bitte beachten Sie meine Fenster-Auslagen mit den Serienpreisen.

Preise in Billionen-Mark

Preise in Billionen-Mark

Gleiche Häuser
Herne, Dortmund, Buer

Fischer

Bochum
Obere Marktstr. 18

Für die Reise

empfehle alle Sorten

Koffer und Taschen
Rucksäcke, Trink-
flaschen, Becher, Etais

Ed. Köllermann

Rottstr. 41 Fernruf 444 Friedrichstr. 2.

Makulatur

zu verkaufen. Märkischer Sprecher

Kapitalien

suchen wir an soliden
Unternehmen zu ver-
kaufen.

Kölbe & Co., Hannover.

Jede Hausfrau weiß,
daß loses Puddingpulver
weit billiger

ist als das in Paketen.

Solange Vorrat, empfehle:

Creme Pulver Pfund 0,60

Rote Grütze Pfund 0,80

A. Barenberg Bochum

Rottstr. 8-10. Fernspr. 244.

Gebrauchter Geldschrank
zu kaufen gesucht.

Angebote in Preisangabe sind an die
Wittenerstraße 18.

Wittenerstraße 18.

An unsere Geschäftsfreunde.

Ab 1. August 1924 treten folgende Zinssätze in Kraft:

1. Habenzinsen für Gelder von 15 Tagen bis zu einem vollen
Zeitmonat fest 12 % p. a.
2. für täglich verfügbares Guthaben in gebührenpflichtiger
Rechnung 9 % p. a.
3. in gebührenfreier (Scheck-) Rechnung 6 % p. a.
4. Sollzinsen 12 % p. a.

Vereinigung
der Bochumer Banken und Bankiers.

Büro - Einrichtung

mit Schreibmaschine, Ordern etc.,
preiswert abzugeben

Wittenerstraße 18.

Wer Stoff hat

der bringe denselben zu mir zur Verfertigung
nach Maß. Beste Qualitäten, moderne
Zagelstoffe zu billigen Preisen. Repara-
turen und Aufbügeln in eigener Werkstatt.

Bochum
Germann 3ffel, Dorkeneckstraße 116

W. Hoffmann

Bochum, Hattlingerstr. 29.

Damen-
Herren-
Kinder-
Wäsche
Kurzwaren

Größte Auswahl am Platze
in nur guten

Herren- u. Damen-
Motor-Rädern

Marken: Stoewer, Grell, Cito, Hiltl, Spezial
von 100 Bll.-Mk. an.

Nähmaschinen, versenkbar, 184
Bll.-Mk. — Bequeme Teilzahlung

Räder, Fahrradhaus, Hölweg 20.

Tapeten

Besten Sie meine
Preise vor Einfall!

Preis: 1000 Mark

C. Bokmann, Bochum,
Rottstr. 4, Fernruf 536.

Gebrauche Ata

- und im Haus
sieht's stets bei dir wie Sonntag
aus!

(ATA Henkel-Putz- und Scheuermittel)

